

Ercheint täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Sohnmüßgasse 23.
Sprechstunden der Redaction:
Montags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Das die Mittheilung einzelner Mittheilungen macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Wann immer die für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr.

In den Filialen für Zulassung:
Otto Klemm, Unterföhrstr. 22.
Louis Böcker, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 7 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 304.

Freitag den 31. October 1879.

73. Jahrgang.

Hauslage 16.000.

Abonnementpreis Viertel 4 1/2, Halbjahr 8 1/2, incl. Postgebühren 5 1/2, durch die Post bezogen 6 1/2. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 15 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postgebühren 25 Pf. mit Postgebühren 45 Pf.

Inserate 1/2 Spalte 20 Pf. Mehrere Spalten laut unserem Preisverzeichnis. — Labelsätze nach höherem Taxe.

Kladden unter dem Redactionsbrett die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets am Abend des Tages zu senden. — Abdruck wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.

Eisenbahn-Verpachtung.

Die in dem ehemaligen botanischen Garten, Parlatoffstraße Nr. 5, befindlichen Anlagen sollen zur Benutzung als Eisenbahn für den bevorstehenden Winter einschließlich des Schiffschmittes Freitag den 7. November d. J. Vormittags 11 Uhr an Rathshalle an den Meistbietenden verpachtet werden. Die Verpachtungs- und Benutzungsbedingungen können auf dem Rathhausplatze, 1. Etage, eingesehen werden. Leipzig, den 28. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Stdt.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des zum einjährigen Betrieb der Dampfmaschinen der hiesigen Stadtwasserwerkung erforderlichen Maschinenöl im Betrag von circa 8000 Kilogramm soll im Submissionswege vergeben werden. Die Lieferungsbedingungen können in der Expedition der Stadtwasserwerkung eingesehen werden und sind beifolgende Offerten versiegelt und mit der Aufschrift „Offerte auf Maschinenöl“ bis den 30. November d. J. an derselben Stelle abzugeben. Leipzig, den 29. October 1879.

Die Expedition für die Stadtwasserwerkung.
Dr. Georai.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Localitäten der loc. großen Wapthstraße auf dem Rathhause bleibt dieselbe Montag, den 3. November d. J. geschlossen. Leipzig, am 27. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Baumgmann.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der als verloren, vernichtet oder sonst als abhanden gekommen angezeigten Pfandscheine Lit. L. No. 43,694, 65,933, 75,411, 78,549, 85,052, 88,490, 96,668, 99,454, Lit. M. No. 13,124, 19,374, 20,550, 24,905, 27,740, 27,796 werden hierdurch aufgefordert, sich damit unverzüglich und längstens bis zum Ablauf von 60 Tagen nach der auf jedem der Scheine demerzten Verfallzeit bei unterzeichneter Kasse zu melden, um ihr Recht daran zu beweisen oder dieselben gegen Verlorenung zurückzugeben. Weigerung derselben wird gemäß den Anzeigern die Forderungen aufgegeben und die Inhaber der Scheine ihrer etwaigen Ansprüche daraus verlustig geben werden. Leipzig, den 29. October 1879.

Die Verwaltung des Reichsanfanges und der Sparcasse.

Ergänzung der Commission für Notirung der Spirituspreise.

An Stelle des ausgeschiedenen Herrn Petrus Dietrichmann ist zum Mitgliede der Commission für Notirung der Spirituspreise auf Vorschlag des Vorsitzenden Herr Wilhelm Louis Steinbrecht, Procurist der Firma Schöbels & Co., von und ernannt worden. Leipzig, den 30. October 1879.

Die Handelskammer.
Dr. Bachsmuth. Dr. Gensel, E.

Bekanntmachung.

Dem Ordreter-Bankfonds ist von der am 25. Juli d. J. verstorbenen Frau Commerzienrathin Louise Frege hier ein Legat von 1500 A testamentarisch zugewendet worden. Nach erfolgter Auszahlung dieses Legates bringen wir dies hierdurch mit dem Ausdrucks unseres aufrichtigen Dankes zur allgemeinen Kenntniss. Leipzig, den 28. October 1879.

Der Verwaltungs-Ausschuss des Ordreter-Bankfonds.

Die kirchenpolitische Frage.

Der Inhalt der preussischen Thronrede hat, wie nicht anders zu erwarten stand, die Tagesorgane jeglicher Parteirichtung in lebhafter Bewegung gesetzt. So treten und geschäftsmäßig auch sich diese Kundgebung mit einer gewissen Breite über das den Bundtag erwartende Arbeitspensum verbreitet, so übergeht sie dennoch einige „brennende“ Fragen, die notwendig in den Vordergrund der parlamentarischen Behandlung treten müssen. Mit vollem Rechte ist die Presse, mit Ausnahme der der Regierung blind ergebenen Organe, einstimmig darin, als das Bemerkenswerthe in der ganzen Thronrede das absolute Stillschweigen über die kirchenpolitische Frage zu erklären. Wenn eine Frage, die so sehr im Mittelpunkt des ganzen politischen Lebens steht, mit vollständiger Stille übergegangen wird, so ist dies sicherlich auffallend und befremdend. Der Grund kann nur darin liegen, daß das schließliche Resultat der Verständigungsversuche mit Rom auch der preussisch-deutschen Regierung noch dunkel und zweifelhaft ist. Wir sollten denken, sowohl wenn die Verhandlungen unmittelbar vor einem positiven Abschluß ständen, als wenn ihr Scheitern mit einiger Sicherheit vorauszusehen wäre, in beiden Fällen würde die Thronrede wenigstens mit einer Andeutung die Sache berührt haben. Es liegen aber wohl die Verhältnisse so, daß die Regierung es für die beste Politik hält, sich zurückzuziehen und sich nach keiner Seite hin zu bewegen. Eine Revision der kirchenpolitischen Verhältnisse ist nach dem Stande der Dinge nicht in Aussicht genommen, denn dies hätte den Weg nach Canossa anzuzeigen. Die Verhältnisse im preussischen Abgeordnetenhaus gegenüber einer Kirche in der kirchlichen und Unterrichtsverwaltung liegen auch eigentümlich genug. Die freiconservativen haben ihren Entschluß, auf diesen Punkte wenigstens nicht zurückzutreten, auf den Widerstand zu leisten, deutlich genug kundgegeben; von den liberalen Parteien ist dies selbstverständlich. Es ergibt sich daraus, daß ungefähr die Hälfte der Reichstagsmitglieder die kirchenpolitische Frage festzuschließen ist, die andere Hälfte auch auf diesem Gebiete die Umkehr freudig begrüßen würde. Es könnte sich bei derartigen Fragen im Abgeordnetenhaus oft um eine Majorität von ganz wenigen Stimmen handeln. In einem scharf reactionären Programm auf kirchenpolitischen Gebiet ist die parlamentarische Situation nicht einladend, noch weit weniger einladend

als auf andern politischen Gebieten. Das muß der Regierung Zurückhaltung und Rücksicht in diesen Fragen ganz besonders nahe legen und die innere Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß das bisherige prononcierte Auftreten des Ministers v. Puttkamer andern Mitgliedern der Regierung und namentlich dem Reichskanzler keineswegs ganz nach dem Sinne gewesen ist. Wenn aber die preussische Regierung auch Ursache hat, in dieser politischen Grundfrage einzuweichen, noch zurückhaltend und abwartend aufzutreten, die Verhältnisse verlangen so dringend nach Aufklärung und Bestimmtheit, daß sie nicht wird umhin können, festere Stellung zu nehmen und sich darüber auszusprechen. Um die Richtung der kirchlichen und Unterrichtsverwaltung wird sich der erste Kampf im Abgeordnetenhaus erheben; die Gegensätze müssen bei nächster Gelegenheit heftig zum Ausdruck kommen, und die Aufklärungen, welche die Thronrede schuldig geblieben ist, können am ehesten länger verschoben werden. Es haben alle Parteien das gleiche Interesse, in dieser Grundfrage bald Klar zu sehen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 30. October.

Bevor der Telegraph dem Leser ausführlich über das Ergebnis der Wahl des Präsidiums im preussischen Abgeordnetenhaus berichtet, wird es geboten sein, die Situation nochmals im Auge zu fassen. Unsicherheit ist die Signatur der Lage, und wenige Stimmen genügen, um ein unerwartetes Resultat herbeizuführen. Es stehen sich jetzt zwei Combinationen gegenüber: eine conservativ-ultramontane und eine freiconservativ-nationalliberale. Die erstere will zum Präsidenten v. Rölller, zu Vizepräsidenten einen Nationalliberalen (v. Henka) und ein Centrumsmitglied (v. Hermann) mit nach vorbehaltener Entscheidung, welcher Fraktion die erste und die zweite Vizepräsidentenstelle einzusetzen werden soll. Im Gegensatz zu dieser Coalition aus Conservativen und Centrum erkheben die freiconservativen und Nationalliberalen ein Präsidium, bestehend aus Bennigsen, einem conservativen und einem freiconservativen Vizepräsidenten (v. Rölller und Graf Bethusy). Beide Coalitionen haben nicht die Majorität, und die Entscheidung wird sonach bei den kleineren Fraktionen und einzelnen Abgeordneten liegen, die außerhalb des Fraktionsverbandes stehen oder sich von ihren Fraktionen lösen. Von den kleineren

Fraktionen werden die Polen ohne Zweifel die Combination des Centrums und der Conservativen unterstützen. Durchaus unsicher ist dagegen — das ist bezeichnend genug — noch die Haltung der Fortschrittspartei, die in dieser Frage, trotz ihrer geringen Zahl, voraussichtlich den Ausschlag geben wird. Es hieß bisher, sie wolle weisse Bettel abgeben; ein letzter definitiver Beschluß scheint aber noch nicht vorzuliegen, und wir würden es für sehr bedauerlich halten, wenn die Fortschrittspartei das Beste, was sich aus der gegenwärtigen parlamentarischen Situation noch machen läßt, zu Fall brächte. Man darf auf den Ausgang dieses jedenfalls harten Kampfes gespannt sein; das Resultat wird eine weit über die kirchliche Frage der Präsidiumsbestimmung hinausgehende, für den ganzen Charakter des neuen Abgeordnetenhauses maßgebende Bedeutung haben.

Die Reorganisation der conservativen Partei legt natürlich den liberalen Elementen des preussischen Landtages die Verpflichtung auf, mit dieser vollzogenen Thatsache, über deren Bedeutung man sich Diskussionen nicht hingeben sollte, sorgfältig zu rechnen. Wie auch die Wähler fallen mögen, zunächst handelt es sich um eine Entscheidung, die nur um Verhinderung, eine geschlossene Organisation herbeizuführen. Lediglich als einen Beitrag zur Reorganisation der Lage und ohne Gewähr für die Richtigkeit theilen wir nachstehend mit, was unser Correspondent aus Berlin vom Mittwoch schreibt: „Von einer Seite, die wir als gut informiert betrachten müssen, erhalten wir die Mittheilung, daß bereits Schritte gethan sind, um eine Neubildung der liberalen Parteien im geeigneten Momente herbeizuführen. Die Anforderung dazu ist von hervorragenden parlamentarischen Mitgliedern derselben bereits ergangen, und zwar auch an außerparlamentarische Kreise. Wie es scheint, handelt es sich um eine Coalition (?) von denjenigen Elementen, die sich der freiconservativen Partei anschließen wollen. Die Nothwendigkeit der Neubildung einer liberalen Partei ist durch die gegenwärtige Lage bedingt.“ Die Anhänger jener Auffassung, welche das Fortbestehen der bisherigen Fraktionsverhältnisse als erforderlich für die Parteien angesehen haben, geben diese Auffassung, angelehnt an Gruppenfragen und Stützverhältnisse, auf. Wir theilen dies unter der Reserve mit, daß uns, individuell genommen, eine solche Coalition nicht einleuchtet, weil dieselbe bisher nur in dem Wunsche des leitenden Staatsmannes gelegen hat.“ So weit der Bericht.

Das hervorragendste Mitglied des linken Flügels der nationalliberalen Partei dürfte möglicherweise nicht im Landtage erscheinen. Die Wahl Dr. Lasker's in Breslau ist nicht weniger als sicher. Man schreibt uns darüber von dort: „Es ist beschämend, sagen zu müssen, was hier ein öffentliches Geheimnis geworden, daß die wahrscheinliche Niederlage Dr. Lasker's seiner eigenen Partei zugeschrieben werden muß, wenn nicht andere günstige Factoren zu Gunsten des verehrten Politikers eine Wendung herbeiführen. Ein anfänglicher Theil der Nationalliberalen hält die Verbindung mit den Conservativen und Judenhegern anrecht, um einen anderen geeigneten „christlich-nationalliberalen“ Candidaten vorzuschreiben, falls nicht schon beim ersten Wahlgang der Sieg den Männern des neuen Wahlvereins resp. den unter der Protection der „Schlesischen Zeitung“ marschirenden Conservativen zugefallen ist. Nicht weniger als 100 christlich-nationalliberale Wahlmänner zählt unsere Stadt, welche Lasker ihre Stimmen versagen. Die Nachwahl von 30 Wahlmännern ändert Nichts an diesem Verhältnis. Lassen sie sich nicht zur Umkehr bewegen, so hat Breslau, das stets in der Vorderreihe der liberalen Städte Preussens in allen Fragen des Liberalismus gestanden, einen Rückschritt gethan, der lebhaft beklagt werden muß.“ Von anderer Seite kommt uns die Mittheilung zu, daß nicht 100, sondern nur 40 Mitglieder der nationalliberalen Partei für den Candidaten des neuen Wahlvereins zu stimmen beabsichtigen. Sei Dem, wie ihm wolle; jedenfalls wäre es bedauerlich, wenn Lasker für den ersten Wahlgang als Candidat einer kleinen Minorität aufgestellt und beim zweiten Wahlgang seine Candidatur zurückgezogen würde. Vielleicht entschließt sich die Fortschrittspartei nach in letzter Stunde, falls sie gewiß ist, den Reichstagsabgeordneten Dr. Freund nicht durchzubringen, für Dr. Lasker in erster Linie zu stimmen.

Das Wolff'sche Telegraphenbureau unterrichtet uns fast täglich mit einer Ausführlichkeit, die einzuhalten weit über den Rahmen unseres Blattes hinaus gehen würde, über die Fortschritte der Reorganisation der reichsständischen Verwaltung. Wie es uns mittheilt, publicirte am Mittwoch das Gesetzbuch für Elb-Lothringen eine Verordnung des Statthalter's, durch welche für die vorzunehmenden Wahlen der Abgeordneten zum Landesausschusse der Provinz für die Wahl der Wahlmännerwahlen auf den 6. November und der Termin für die Wahl der Abgeordneten auf den 18. November angeht.

Bekanntmachung.

Wegen des Umbaus der Westbrücke wird der zwischen der Frankfurter- und der Wendisch-John-Straße liegende Theil der Weststraße vom Montage den 30. October ab für den durchgehenden Radverkehr bis auf Weiteres gesperrt. Leipzig, den 17. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Richter.

Bekanntmachung.

Den diesjährigen Christmarkt betreffend.

Wegen des am 17. December 1879 beginnenden Christmarktes, auf dem feilhalten abrigens nur hiesigen Gemeindegliedern gestattet ist, verordnen wir Folgendes:

- 1) Diejenigen, welche Stände auf dem Christmarkt zu erhalten wünschen, haben sich bis zum Sonnabend den 29. November dieses Jahres bei unserem Marktvolk (Rathmarkt Nr. 1, 2. Etage) zu melden. Später eingehende Anmeldungen müssen unberücksichtigt bleiben.
- 2) Der hiesige Wochenmarkt wird zuletzt Sonnabend den 13. December c. auf dem Marktplatz, von da an aber auf dem Fleischerplatz abgehalten, auch während der Markttage den Verkauf von Rindvieh und Schweinmännern von dem vorgedachten Zeitpunkt ab die Benutzung des sogenannten Böttcher- und Köpfermarktes gestattet.
- 3) Der Verkauf der Buden auf dem Christmarkt ist vom 14. December ab gestattet, wozu das Auspacken und Einräumen der Waaren nicht vor Mittags 12 Uhr des 16. December beginnen darf.
- 4) Der Verkauf der Waaren findet bis zum 24. December 12 Uhr Witternachts halt, auch ist an dem in den Christmarkt fallenden vierten Adventsonntag, am 21. December, der öffentliche Handel in Bäden, auf Straßen und Plätzen erst nach beendigtem Vormittagsgottesdienste, d. i. nach 10 1/2 Uhr Vormittags, gestattet.
- 5) Die Inhaber von Christmarktständen dürfen nur ihre Angehörigen und solche Personen als Verkäufer verwenden, welche händig in ihren Diensten stehen oder hier wohnhaft sind, und es werden alle Stände sofort eingezogen, an denen auswärtig wohnhafte selbstständige Personen, welche nicht hiesige Gemeindeglieder sind, als Verkäufer betheiligen werden.
- 6) Die Räumung sämtlicher Buden und Stände, sowie der auf dem Augustplatz zum feilhalten von Christbäumen benutzten Plätze ist von den Verkäufern noch am 24. December bis Witternachts 12 Uhr zu bewirken.
- 7) Es bleibt auch diesmal gestattet, die für den Christmarkt bestimmten, auf dem Markte befindlichen Buden noch am 25. und 26. December stehen zu lassen. Es haben aber die Miether sowohl als die Besitzer der Buden dafür zu sorgen, daß sämtliche Buden nach Räumung der darin befindlichen Waaren sofort aufgeschlossen, d. h. die Klappen zugeholt, die Thüren sorgfältig besichtigt, sowie die Bodenplanken nebst den dazu gehörigen Planenklängen sorgfältig besichtigt werden.
- 8) Sämtliche Christmarktstände, soweit dieselben nicht mit Einwilligung der Preisbuden-Deputation für Besucher der Weihnachtsmesse benutzt werden sollen, sind am 27. December abzubauen und muß deren Fortschaffung noch an demselben Tage erfolgen, auch bis Abends 8 Uhr beendet sein.
- 9) Der Verkauf von Christbäumen wird vom 17. December ab auf dem Augustplatz gegen ein Standgeld von 3 A für jeden gleichmäßig groß zu demessenden Platz gestattet, jedoch unter ausdrücklicher Bedingung des Einschlagens von Pfählen.
- 10) Wegen Aufstellung der Christbäume und sonst allenthalben in den bezüglichen Anordnungen unserer Marktvolks unbedingt Folges zu leisten.

Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder entsprechender Haftstrafe nachbet werden. Leipzig, den 27. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Richter.